

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belletristische Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt**.

Erscheint jeden Montag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 S., bei Zustellung ins Haus 1. 70 S., bei allen Postanstalten 1. 50 S. einschließlich Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 S.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und kompliziertere Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 S., die Reklamezeile 30 S. Geringster Inseratenbetrag 40 S. Für Rückertattung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Auf Blatt 156 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Jacob Sinn** in **Oberneukirch** betr., ist heute eingetragen worden: **Die Firma wird gelöscht.**

Bischofswerda, am 1. Juli 1910.

Königliches Amtsgericht.

Das **Sammeln von Beeren** in den städtischen Waldungen wird von **Mittwoch, den 6. Juli 1910** ab, von vormittags 6 Uhr bis nachmittags 7 Uhr gestattet.

Auswärtigen, mit Ausnahme der städtischen Wald- und Kulturarbeiter bleibt das Beeren sammeln in unseren Waldungen nach wie vor

untersagt. Das Betreten der jungen Kulturen ist verboten.

Zu widerhandelnde haben außer Wegnahme der gesammelten Beeren Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder entsprechende Haftstrafe zu gewärtigen.

Den Weisungen des Forstpersonals ist unweigerlich Folge zu leisten. **Stadtrat Bischofswerda, den 4. Juli 1910.**

Das Neueste vom Tage.

Der Kaiser hat gestern von Kiel aus seine Nordlandreise angetreten. (Siehe Deutsches Reich.)

Der Militärluftkruzer „M. 3“ (System Groß) ist heute nacht zu einer Fernfahrt nach Gotha ausgezogen. Auf dem Truppenübungsplatz Riesa wurde heute früh eine Zwischenlandung vorgenommen. (Siehe Luftschiffahrt.)

Der Rhein ist nach den letzten Meldungen derart gestiegen, daß die erste Beschränkung der Schifffahrt erfolgen mußte. Auch die Mosel wächst beständig.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich im amerikanischen Staate Ohio ereignet. Zwei Züge stießen zusammen. 36 Leichen sind bis jetzt geborgen. (Siehe Sonderbericht.)

Im Bogerkampf um die Weltmeisterschaft zwischen dem Weissen Jeffries und dem Reger Johnson siegte Johnson in der 16. Runde.

Industrialisierung Deutschlands.

Unsere Wirtschaftspolitik muß mit der Grundtatsache rechnen, daß sich die Bevölkerung des Reichs und Zollgebiets um jährlich rund 900 000 Menschen vermehrt. Es muß also die Arbeitsgelegenheit, wie auch die Möglichkeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung zu finden, in gleicher Weise wachsen. Nach der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 stieg die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber der vorhergehenden Zählung vom 14. Juni 1895, also vor 12 Jahren früher von 26 auf 35 Millionen oder (einschließlich der Dienenden) von 42,71 Proz. auf 45,52 Proz. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen und Dienenden stieg von 29,75 auf 33,79 Proz. Die letztere Steigerung ist eine Folge der Zunahme der Fabrikbetriebe. Die Zahl der Selbständigen stieg von 5,9 auf 6,1 Million, im Verhältnis sank sie jedoch. Wenn man nämlich die Gesamtheit aller Erwerbstätigen zu Grunde legt, dann ging der Prozentsatz der Selbständigen von 28,57 auf 22,67 zurück.

Im Jahre 1895 war die Land- und Forstwirtschaft mit 36,19 Proz. noch die größte aller Berufsgruppen, denn die Industrie zählte nur 36,14 Proz. aller Erwerbstätigen, im Jahre 1907 hat sich das Verhältnis aber verschoben, denn nun hat die Land- und Forstwirtschaft nur noch 32,79 Proz. aller Erwerbstätigen, während der Stand der Industrie auf 37,23 Proz. gestiegen ist. Rech-

net man jedoch die Berufszugehörigen zu den Erwerbstätigen hinzu, so stieg die Prozentzahl der in Handel und Industrie Beschäftigten von 1892 bis 1907, also in 15 Jahren von 45,53 Proz. auf 56,16 Proz., während die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten in der gleichen Zeit von 42,51 auf 28,65 Proz. sank. Also vor 15 Jahren hielten sich die Landwirtschaft und Industrie in bezug auf die in ihnen Beschäftigten noch ungefähr die Waage, während heute $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung ihren Unterhalt in den Unternehmungen von Handel und Gewerbe finden. Die Landwirtschaft gibt heute nur noch wenig über $\frac{1}{4}$ aller Erwerbstätigen Beschäftigung.

Es liegt dies natürlich nicht daran, daß etwa die Landwirtschaft weniger leistungsfähig geworden sei, sondern einfach an dem rapiden Wachstum unserer Bevölkerung, welches in der Landwirtschaft, die fast voll ausgenutzt ist, kein Gegengewicht finden kann. In Industrie und Handel dagegen liegt die Möglichkeit vor, neue Werte und neue Erwerbsgelegenheiten zu schaffen und sind diese Erwerbsgruppen deshalb berufen, den größten Teil unseres Bevölkerungszuwachses aufzunehmen. Die Industrialisierung unseres Landes ist also eine Naturnotwendigkeit, die durch keinerlei Erwägungen oder Maßnahmen gehemmt werden kann, dadurch sinkt aber Wert und Bedeutung unserer Landwirtschaft nicht im geringsten, sondern im Gegenteil, die Tatsache, daß heute, künftig wird dies noch mehr hervortreten, ein geringerer Prozentsatz der Gesamtbevölkerung in der Lage ist, nicht nur den gleichen, sondern zum Teil einen höheren Anteil an der Volksernährung zu produzieren als dies früher möglich war, ist ein Ruhmestitel für die Landwirtschaft und wir zweifeln nicht, daß ihre Entwicklung in technischer und wissenschaftlicher Beziehung und damit ihre Leistungsfähigkeit noch weiter wachsen wird.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Nordlandreise des Kaisers. Der Kaiser trat am Montag nachmittag seine Nordlandreise an, an der teilnehmen: Generaladjutant, General der Kavallerie von Scholl, der Chef des Generalstabes, General der Infanterie von Moltke, der Chef des Militärkabinetts, General der Infanterie Frhr. von Lyncker, der Chef des Marinekabinetts, Vizeadmiral von Müller, die Flügeladjutanten Oberst von Thelius, Fregattenkapitän von Bülow, Sausmarschall Frhr. von Lyncker, der Generalarzt Dr. von Alberg, Prinz Albert zu Schleswig-Holstein, Prinz Otto zu Sayn-Wittgenstein, Graf von Schlit gen. von Görz, Generalintendant Graf von Sülzen-Gäfelser, Gefandter

von Treutler, Oberst Dithuth, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Güßfeldt und der Marinemaler Prof. Stöwer.

Veränderungen in der Marine stehen nach den Herbstmanövern bevor. Der große Kreuzer „Gneisenau“ wird unter dem Kommando des Kapitäns zur See Uslar nach Ostasien abdampfen. Das dortige Kreuzergeschwader wird dadurch bedeutend verstärkt. Die Verstärkung dürfte erfolgt sein mit Rücksicht auf die neuen Unruhen in den chinesischen Provinzen. Der Kreuzer „Gneisenau“ wird im Verband der Hochseeflotte im Herbst durch den Kiezenkreuzer „Bon der Lann“ ersetzt. „Zähringen“ und „Wittelsbach“ werden außer Dienst gestellt und durch „Rheinland“ und „Rosen“ ersetzt. Der zweite Admiral des ersten Geschwaders wird als Flaggsschiff die „S Hannover“ übernehmen. Die Hochseeflotte wird auch um Dampferboote verstärkt.

Zahlmeister-Majore. Durch Kabinettsorder vom 15. Mai ist das Kriegsministerium ermächtigt worden, auch aktive Oberzahlmeister zur Verleihung des Charakters als Rechnungsrat vorzuschlagen. Bisher war dies nur beim Übertritt von Zahlmeistern in den Beurlaubtenstand möglich. Diese aktiven Rechnungsräte tragen fortan ähnliche Abzeichen wie die Stabsoffiziere, also Hauptnachselstücke und (goldene) Kantillen an den Epauletten. Für den Wissenden ist die Vorgeschichte dieser Neuverleihung nicht uninteressant. Zum diesjährigen Militäretat hatten sämtliche Generalkommandos die Schaffung von besonderen Regimentszahlmeistern beantragt, weil die Bataillonsoberzahlmeister, die augenblicklich die Geschäfte der Regimentszahlmeister nebenamtlich mit versehen müssen, hierdurch dienstlich zu sehr überlastet sind. Dieser durchaus billigen Forderung konnte das Kriegsministerium aus Mangel an Mitteln nicht entsprechen. Es hat daher den alten Oberzahlmeistern, die fast durchweg die Regimentszahlmeistergeschäfte mit versehen müssen, die Vergünstigung als Pflaster auf die Wunde verschafft.

Aus den Reichstagskommissionen. In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsbildung führte Staatssekretär Delbrück über die Ärztefrage aus: Die Regierungen hätten nicht einseitig die Interessen der Ärzte wahrnehmen können, sondern auch die Kassen und die Versicherten berücksichtigen müssen. Die Vorlage suche zwischen den Ärzten, den Ärzteorganisationen und den Kassen den Boden für einen Ausgleich zu schaffen. Zunächst sei den Ärzten und Kassen noch völlige Freiheit gelassen. Erst im Notfall trete die Behörde regelnd in die Schranken. Die freie Arztwahl sei der Hauptsache nach durch die Vorlage garantiert.